

# Wirtschaft verlangt nach mehr Staat

In der Finanz- und Wirtschaftskrise baute der Bundesrat die Exportrisikoversicherung um drei befristete Angebote aus. Jetzt will er sie fix im Recht verankern. Nachdem der Gewerbeverband zurückgepfiffen wurde, könnte dem Vorhaben nur noch die SVP im Wege stehen.

MARINA WINDER

**BERN.** «Es gibt zwei Möglichkeiten, grosse Projekte zu finanzieren», sagt Urs W. Berner. Er ist Inhaber und CEO der Urma AG, die im aargauischen Rapperswil Hochpräzisionswerkzeuge herstellt und zu 95 Prozent vom Export lebt. «Wenn Sie nicht über genügend Eigenkapital verfügen, brauchen Sie Fremdkapital. In der letzten Finanzkrise wurde es aber sehr schwierig, von den Banken noch Kredite zu bekommen», führt der Unternehmer vor einigen interessierten Parlamentariern an einem Anlass der Swissmem, dem Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, im Hotel Bellevue in Bern aus.

## Aus der Not heraus geboren

Deshalb sprang 2009 der Bund in die Bresche: Der Bundesrat traf Massnahmen, um die schädlichen Folgen der tiefen Risikobereitschaft und restriktiven Kreditvergabe der Banken abzufedern. Sein Ziel war es, die Liquidität der Exporteure zu verbessern. Er erweiterte die staatliche Schweizerische Exportrisikoversicherung (Serv) um drei Angebote – eine Fabrikationskreditversicherung, eine Bondgarantie und eine Refinanzierungs-garantie (siehe Kasten).

Schweizer Exporteure können bei der Serv politische Risiken, Transferschwierigkeiten und

## Die Vorlage kann nicht einfach kritiklos durchgewinkt werden.

**Adrian Amstutz**  
SVP-Fraktionspräsident

Zahlungsmoratorien, höhere Gewalt, das Delkredererisiko und Risiken aus Garantien (Bonds) versichern lassen. Der maximale Umfang der Versicherungsleistungen liegt derzeit bei zwölf Milliarden Franken. Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) – sie machen zwei Drittel der Klientel aus – kommen mit den Serv-Produkten leichter an Bankgarantien.



Bild: Ralph Ribi

Stadler konnte die Doppelstocktriebzüge für Moskau dank der Serv bauen. Kritiker sprechen von einem staatlich aufgeblähten Auftragsvolumen.

Erst sollte das erweiterte Angebot befristet bis Ende 2011, dann bis Ende 2015 gelten. Nun will der Bundesrat die Spezialversicherungen dauerhaft in die Angebotspalette aufnehmen. Zudem erhöht er den Deckungsgrad einzelner Produkte. Und auch der administrative Aufwand für den Versicherungsabschluss soll sinken. Die Botschaft zum revidierten Serv-Gesetz hat der Bundesrat kürzlich zuhanden des Parlaments verabschiedet. Die Beratung in den Kommissionen soll nach den Sommerferien beginnen.

## Rime: «War ein Versehen»

Die Reaktionen in der Vernehmlassung fielen erst durchgezogen aus. Der Schweizerische Gewerbeverband und die SVP sprachen sich gegen die dauerhafte Ausweitung des staatlichen Angebots aus, andere waren nur unter Vorbehalt dafür. So befürwortete die FDP zwar die Änderung, sie hielt aber fest, dass die Serv keinesfalls private Versiche-

rungen konkurrieren und nur im nicht marktfähigen Bereich tätig sein dürfe.

Beim Gewerbeverband ist man inzwischen zurückgekrebt. «Das war ein Versehen», sagt Präsident Jean-François Rime zur ursprünglichen Stellungnahme des Verbandes. Die Serv sei vor allem auch wichtig für Aufträge, die eine lange Entwicklungszeit haben. Gerade KMU

## Die neuen drei Produkte

Der Bundesrat will das Produktportefeuille der Exportrisikoversicherung dauerhaft um eine Kreditversicherung für die Fabrikation, eine Bondgarantie sowie eine Refinanzierungs-garantie erweitern. Die Produkte sollen dazu beitragen, die Liquidität der Exporteure zu verbessern. Bei der Fabrikationskreditversicherung wird der Geldgeber, also zum Beispiel die Bank, vor der Zahlungsunfähigkeit des ausfüh-

renden Unternehmens geschützt. Die Bondgarantie ist eine Ausfalldeckung für das Garantie stellende Finanzinstitut. Die Refinanzierungs-garantie deckt das Ausfallrisiko der exportfinanzierenden Bank ab. Sie kommt eher bei Exportgeschäften mit grösserem Auftragswert zum Zug. Für kleine und mittlere Unternehmen ist sie indirekt von Vorteil, wenn diese als Unterlieferanten engagiert sind. (red.)

## SVP ist die grosse Unbekannte

Sorgen bereitet den Befürwortern – allen voran der Swissmem – nun vor allem noch die Haltung der SVP. Diese lehnt die Revision

grundsätzlich ab. Im Vordergrund stehen für sie dabei zwei Gründe: Die Spezialversicherungen seien 2009 im Rahmen von Stabilisierungsmassnahmen vorübergehend eingeführt worden. «Nun kämen Produkte dauerhaft in den Gesetzestext, die nur in einer Sondersituation Hilfe leisten sollten», stört sich SVP-Nationalrat und Fraktionspräsident Adrian Amstutz (BE) aus staatspolitischen Gründen an der geplanten Gesetzesänderung. Als zweiten Punkt führt er die grosse Nachfrage an. Von 2009 bis 2012 hätten zu 80 Prozent KMU «vom staatlich aufgeblähten Auftragsvolumen von 4,4 Milliarden Franken profitiert». «Das deutet eher auf eine durch das Angebot verursachte Nachfrage hin, was wiederum nicht frei von marktverzerrenden Auswirkungen ist», sagt Amstutz. Seine Partei habe nicht vor, die Vorlage so einfach das Parlament passieren zu lassen.

Wie geschlossen die Partei auftreten wird, ist indes noch

offen. Der Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi jedenfalls befindet sich seit dem Parlamentarientreffen der Swissmem im Zwiespalt. «Aus ordnungspolitischen Gründen müsste man die Revision eigentlich ablehnen», sagt der Unternehmensberater. Es würden aber einige wirtschaftspolitische Gründe dafür sprechen. «Insbesondere, dass die ausländische Konkurrenz diese Produkte längst anbietet.»

## Stadler Rail nutzt Serv-Produkte

Der ehemalige Thurgauer Nationalrat und Stadler-Chef Peter Spuhler führte am Parlamentarientreffen im Bellevue mehrere Beispiele aus seinem Unternehmen an, die ohne die staatliche Exportversicherung nicht hätten realisiert werden können: Darunter der Auftrag für 38 Flirt-Züge für Estland oder für 25 Doppelstocktriebzüge für Russland. Bei der Ausschreibung von 4000 Wagen für Südafrika konnte Stadler dank der Versicherungszusage der Serv überhaupt erst mitbieten. Auch beim aktuellen Auftrag aus Aserbaidschan macht Stadler von der Fabrikationskreditversicherung der Serv Gebrauch.

Schon seinerzeit als Nationalrat hatte sich Spuhler für dieses Dossier stark gemacht – und musste stets vor allem in der eigenen Partei viel Überzeugungsarbeit leisten. «Hauptkriterium ist, dass die Serv ihre Kos-

## Die bisher befristeten Produkte der Serv sind für Stadler sehr wichtig geworden.

**Peter Spuhler**  
Stadler-Chef

ten selber decken kann», betonte Spuhler vor den Parlamentariern. Wichtig sei auch, dass die Serv keine Konkurrenz zu privaten Versicherern darstelle. In anderen EU-Ländern seien die drei neuen Serv-Produkte ausserdem längst Standard. Die Revision des Serv-Gesetzes schaffe demnach gleich lange Spiesse und verringere damit die Benachteiligung Schweizer Exporteure.

## Neuer Streit um Mörgeli

**ZÜRICH.** Der ehemalige Rektor der Universität Zürich, Andreas Fischer, bleibt dabei: Er will von der Präsidentin des Universitätsrates, der Zürcher SP-Regierungsrätin Regine Aeppli, angehalten worden sein, den Medizinhistoriker und SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli zu entlassen.

In einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» äusserte sich Fischer erstmals öffentlich zum Bericht der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit zu den Abklärungen rund um das Medizinhistorische Institut und Museum der Universität Zürich. Gemäss diesem Bericht hat er der Kommission zu Protokoll gegeben, er sei in einer Sitzung am 17. September 2012 von Regierungsrätin Aeppli zur Kündigung von Mörgeli aufgefordert worden. «Ich stehe zur Aussage, die ich in der Aufsichtskommission gemacht habe», sagte der frühere Uni-Rektor im Interview.

Aeppli ihrerseits wies zurück, vor der Kommission eine solche Weisung erteilt zu haben. (sda)

# Neue Aufregung um die Bilateralen

Ein am Wochenende bekannt gewordener Text des EU-Verhandlungsmandats für das bilaterale Rahmenabkommen mit der Schweiz wird vor allem von den bürgerlichen Parteien zurückgewiesen.

**BERN.** Die 28 EU-Minister hatten am 6. Mai das Mandat zur Aushandlung des Rahmenabkommens mit der Schweiz verabschiedet. Die Kopie des Brüsseler Verhandlungsmandates, das die «Sonntags-Zeitung» auf ihrer Webseite publiziert, hat weder Unterschriften des EU-Minister-rates noch ein Datum. Im sieben-seitigen Papier werden zuhanden der EU-Unterhändler die Bedingungen für eine Teilnahme der Schweiz am Binnenmarkt umschrieben. Grundle-gend ist, dass die für die Schweiz geltenden Regeln die gleichen sein müssten wie im übrigen Binnenmarkt.

## Frist für die Schweiz

Diesem Ziel müsse sich das Rahmenabkommen unterordnen. Brüssel besteht dabei auf einer «dynamischen Anpassung» aller bestehenden und aller künftigen Abkommen an den sich entwickelnden Aquis der

Union. Ein entsprechendes Prozedere soll dies sicherstellen und der Schweiz einen verbindlichen Zeitrahmen für die Implementierung in der Rechtsordnung vorgeben. Oberste Instanz bei Differenzen ist, wie schon früher von der EU verlangt, der EU-Gerichtshof.

## Bern auf die Finger schauen

Brisant sein dürfte die Überwachung der Anwendung von Verträgen durch Bern. Die EU-Kommission soll explizit «Untersuchungs- und Entscheidungskompetenzen» bekommen. Diese sollen gleich wie bei den EU-Mitgliedern in Fragen des Binnenmarktes ausgestaltet sein.

Ein weiterer heikler Punkt ist eine automatische finanzielle Verpflichtung im Rahmen des Kohäsionsfonds. «Das Abkommen soll einen langfristigen finanziellen Mechanismus für den Schweizer Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion

innerhalb der EU etablieren», heisst es im Text.

Ob es sich beim publizierten Text um das endgültig bereinigte und am 6. Mai verabschiedete Mandat handelt, war gestern nicht auszumachen.

## «So wird es nie kommen»

Die von Brüssel erhobenen Forderungen an die Schweiz gehen FDP-Präsident Philipp Müller zu weit. Im Interview mit der «Sonntags-Zeitung» sagte Müller: «So wie die EU das im Man-

dat skizziert, wird es nie kommen.» Die Schweiz wäre damit «das unsouveränste Land in Europa. Da könnten wir ja gleich beitreten.»

Für CVP-Präsident Christophe Darbellay ist die im Papier beschriebene Aufsichtskompetenz der EU-Kommission «für ein souveränes Land nicht akzeptierbar», wie er auf Anfrage sagte. Die Rolle des EU-Gerichtshofs hält er für heikel, sie würde von Schweizerinnen und Schweizern nicht goutiert.



**Philipp Müller**  
FDP-Präsident



**Christophe Darbellay**  
CVP-Präsident

## Der Preis für die Schweiz

Für den Waadtländer SP-Nationalrat Roger Nordmann ist das Mandat der Preis, den die Schweiz für die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative zahlen muss. Damit habe sich die Schweiz in eine unmögliche Situation manövriert, bedauerte Nordmann in der Sendung «Forum» des Westschweizer Radios RTS. (sda)